



## Niederschrift

### **17-030. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses des Kreistages**

**am Freitag, 27.11.2015**, 08:00 Uhr bis 10:05 Uhr,  
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes in Heppenheim, Graben 15

### Tagesordnung

- |           |   |
|-----------|---|
| Punkt 1   | Rettungsdienst  |
| Punkt 1.1 | Feststellung Jahresabschluss 2014<br>Vorlage: 17-1852   |
| Punkt 1.2 | Bestellung Abschlussprüfer 2015<br>Vorlage: 17-1853   |
| Punkt 1.3 | Wirtschaftsplan 2016<br>Vorlage: 17-1855  |
| Punkt 2   | Eigenbetrieb Neue Wege  |
| Punkt 2.1 | Feststellung Jahresabschluss 2014<br>Vorlage: 17-1878   |
| Punkt 2.2 | Wirtschaftsplan 2016<br>Vorlage: 17-1879  |
| Punkt 3   | Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft   |
| Punkt 3.1 | Bestellung Abschlussprüfer 2015<br>Vorlage: 17-1891   |
| Punkt 3.2 | Wirtschaftsplan 2016<br>Vorlage: 17-1889  |
| Punkt 4   | 1. Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes<br>2. Hessisches Kommunalinvestitionsprogramm<br>Vorlage: 17-1803   |
| Punkt 5   | Ergänzung zur Feststellung des Entwurfs der Haushaltssatzung<br>des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2016<br>Vorlage: 17-1809/1   |
| Punkt 6.1 | 1. Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Bergstraße für das<br>Haushaltsjahr 2016<br>2. Beschlussfassung über das Investitionsprogramm 2016 - 2019<br>3. Beschlussfassung über die Fortschreibung des Haushalts-<br>konsolidierungskonzeptes bis 2019<br>Beratung und Beschlussempfehlung des Ausschusses<br>Vorlage: 17-1809/2 |





## **Tagesordnung**

### **Punkt 1: Rettungsdienst**

#### **Punkt 1.1: Feststellung Jahresabschluss 2014 Vorlage: 17-1852**

##### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag nimmt von den der Vorlage 17-1852 beigefügten Unterlagen Kenntnis und stellt gemäß § 27 Abs. 3 in Verbindung mit den §§ 5 Nr. 11 und 30 Eigenbetriebsgesetz den Jahresabschluss zum 31.12.2014 des Rettungsdienstes Kreis Bergstraße fest."

##### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

#### **Punkt 1.2: Bestellung Abschlussprüfer 2015 Vorlage: 17-1853**

##### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beauftragt die *QS Treuhand GmbH - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft / Steuerberatungsgesellschaft*, Göttingen, mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2015 nebst Lagebericht 2015 des Rettungsdienstes Kreis Bergstraße."

##### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

#### **Punkt 1.3: Wirtschaftsplan 2016 Vorlage: 17-1855**

##### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt den der Vorlage 17-1855 beigefügten Wirtschaftsplan 2016 mit Finanzplan 2015 bis 2019 für den Rettungsdienst Kreis Bergstraße."

##### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

**Punkt 2: Eigenbetrieb Neue Wege**

**Punkt 2.1: Feststellung Jahresabschluss 2014  
Vorlage: 17-1878**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, gemäß § 27 Absatz 3 i. V. m. § 30 Eigenbetriebsgesetz den geprüften und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2014 des Eigenbetriebes Neue Wege Kreis Bergstraße festzustellen und den Jahresgewinn in Höhe von T € 1.425 auf neue Rechnung vorzutragen und mit dem Verlustvortrag des Vorjahres zu verrechnen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

**Punkt 2.2: Wirtschaftsplan 2016  
Vorlage: 17-1879**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, gemäß § 5 Ziffer 4 Eigenbetriebsgesetz i. V. m. § 15 Eigenbetriebsgesetz, den von der Betriebsleitung aufgestellten Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes Neue Wege Kreis Bergstraße - Kommunales Jobcenter - zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

**Punkt 3: Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft**

**Punkt 3.1: Bestellung Abschlussprüfer 2015  
Vorlage: 17-1891**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beauftragt die Firma CURACON GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Pfungstädter Straße 100, 64297 Darmstadt mit der Prüfung der Jahresrechnung des Eigenbetriebs Schule und Gebäudewirtschaft 2015."

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.



Das Defizit im Produkt 3080 - Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz - sei derzeit mit rd. 17 Mio. € veranschlagt. Falls die Kostenpauschale des Landes für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen, wie von den Kreisen, kreisfreien Städten und kommunalen Spitzenverbänden gefordert, angehoben werde, könne sich der Fehlbedarf noch verringern. Allerdings sei mit weiter steigenden Kosten für die Unterbringung zu rechnen, da die Zahl der Flüchtlinge stetig zunehme und der Wohnungsmarkt schwierig sei. Der Kreis habe aktuell fast 2.600 Flüchtlinge unterzubringen und pro Woche würden rund 110 Personen neu zugewiesen. Es sei davon auszugehen, dass von den derzeit rd. 25.000 Personen, die sich in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes einschließlich Außenstellen und "Überlaufereinrichtungen" befänden, rd. 2.000 Personen dem Kreis zugeteilt würden.

Auf Frage nach der aktuellen Höhe der monatlichen Kostenpauschale nannte Herr Kreisbeigeordneter Schimpf einen Betrag von 652,20 €.

Der Kreis zahle durchschnittlich rund 359 € pro Person und Monat für die Bestreitung des Lebensunterhalts direkt an die Flüchtlinge aus, rund 100 € fielen für die vom Kreis zu übernehmenden Krankheitskosten an. Für Unterbringung und Betreuung habe der Kreis damit rd. 193 € pro Person und Monat zur Verfügung; dies sei nicht ausreichend. Die Personalkosten für die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge seien im Übrigen in der Pauschale nicht berücksichtigt und vom Kreis zu tragen.

Herr Kreisbeigeordneter Schimpf betonte, der Kreis nehme die Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung sehr "kommunenfreundlich" wahr; bisher habe der Kreis keine Direktzuweisungen an die Städte und Gemeinden im Kreis vorgenommen und keine öffentlichen Liegenschaften wie Sporthallen oder Bürgerhäuser belegt. Der Kreis bitte die Kommunen um weitere Unterstützung bei der Suche geeigneter privater Gebäude für die Flüchtlingsunterbringung.

Im Ausschuss wurden das Konzept und die Umsetzung der Flüchtlingsunterbringung im Kreis gelobt.

Auf Frage nach den Konzepten der anderen hessischen Landkreise teilte Herr Landrat Engelhardt mit, etwa die Hälfte der Kreise habe ein ähnliches Konzept wie der Kreis Bergstraße. Das Modell der Christophorus Wohnheime e.G. sei inzwischen auch von anderen Landkreisen kopiert worden.

Die Schaffung von Wohnraum bezeichnete Herr Kreisbeigeordneter Schimpf als wichtiges Thema der nächsten Jahre.

Auf den Hinweis auf die erfahrungsgemäß geringe Anerkennungsquote von Asylbewerbern erklärte Herr Landrat Engelhardt, nur rund 2% der Flüchtlinge seien Asylbewerber mit individuellen Asylgründen. Die meisten seien de-facto-Flüchtlinge/Kontingentflüchtlinge aus Bürgerkriegsländern. Flüchtlinge, die nicht aus solchen Ländern stammten und nicht individuell verfolgt seien, würden in ihre Heimatländer zurückgeführt. Die Zahl der Rückführungen und Abschiebungen nehme zu, allerdings fehle es sowohl bei den Ländern als auch beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge derzeit noch an ausreichendem Personal für die Bearbeitung der Asylanträge.

**Punkt 6.1:**

- 1. Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2016**
  - 2. Beschlussfassung über das Investitionsprogramm 2016-2019**
  - 3. Beschlussfassung über die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2019**
- Beratung und Beschlussempfehlung des Ausschusses**  
**Vorlage: 17-1809/2**

**sowie Beratung über die Änderungsanträge der SPD-Fraktion zum Haushaltsplan vom 24.11.2015 betreffend Änderung und Ergänzung von Ansätzen bei den Produkten in den Bereichen Sozialer Wohnungsbau, ÖPNV und Jugendsozialarbeit an Schulen mit Vorschlag für Gegenfinanzierung und betreffend Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Sicherstellung einer umfassenden ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum am Standort Lindenfels**  
**Vorlagen: 17-1809/3 und 17-1809/4**

In der Sitzung wurde die Beschlussvorlage 17-1809/2 mit folgenden Anlagen verteilt:

- Änderungsliste zum Haushaltsplan 2016 mit den Änderungen, die sich nach dem 21.09. und dem 05.10.2015 ergeben haben (Stand 23.11.2015)
- Ergebnis- und Finanzhaushalt (Entwurf Stand 23.11.2015)
- Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2016 bis 2019 (Entwurf Stand 23.11.2015)
- Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 (Entwurf Stand 23.11.2015)
- Investitionsprogramm (Entwurf Stand 23.11.2015)

Verteilt wurden außerdem die Änderungsanträge der SPD-Fraktion vom 24.11.2015 betreffend Änderung und Ergänzung von Ansätzen bei den Produkten in den Bereichen Sozialer Wohnungsbau, ÖPNV und Jugendsozialarbeit an Schulen mit Vorschlag für Gegenfinanzierung und betreffend Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Sicherstellung einer umfassenden ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum am Standort Lindenfels.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss befasste sich zunächst mit den in seine Zuständigkeit fallenden Teilhaushalten 01, 04 und 06.

Zu den Teilhaushalten 01 und 06 gab es keine Fragen und Änderungswünsche.

Bei der Beratung von Teilhaushalt 04 wurde die Umstellung bei der Durchführung von Schuleingangsuntersuchungen angesprochen. Herr Landrat Engelhardt erläuterte, wegen der besonderen Belastung des Personals des Gesundheitsamtes auch durch die Flüchtlingsproblematik würden die Schuleingangsuntersuchungen derzeit teilweise beim Gesundheitsamt durchgeführt und nicht mehr wie früher an großen oder zentral gelegenen Schulen. Mit dem Gesundheitsamt sei vereinbart, die Verlegung der Schuleingangsuntersuchungen zu evaluieren.



Herr Kreistagsabgeordneter Schmitt erläuterte die Änderungsanträge der SPD-Fraktion zum Haushaltsplan 2016.

Herr Kreistagsabgeordneter Haag kündigte an, die CDU-Fraktion habe sich noch nicht mit den Anträgen vom 24.11.2015 befassen können und deshalb würden sich Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion an einer möglichen Abstimmung nicht beteiligen.

Herr Landrat Engelhardt nahm zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Sicherstellung einer umfassenden ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum am Standort Lindenfels Stellung. Die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sei schon Thema im Landratswahlkampf gewesen und sei nun durch die Diskussion um den Krankenhausstandort Lindenfels noch mehr im Fokus. Wenn ein tragfähiges Konzept für die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung entwickelt sei, werde es der Kreisausschuss vorstellen und den Mittelbedarf mitteilen.

Herr Kreistagsabgeordneter Hörst erklärte, die FDP-Fraktion werde dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen. Eine Mittelbereitstellung vor Vorlage eines Konzeptes sei nicht hilfreich.

Seine Frage, ob der Gegenfinanzierungsvorschlag der SPD-Fraktion im weiteren Änderungsantrag der SPD-Fraktion haushaltsrechtlich umsetzbar sei, verneinte Herr Medert. Ansätze für Aufwendungen und Investitionszuschüsse dürften nicht "gegengerechnet" werden. Nur Überschüsse im Ergebnishaushalt könnten für Zuschüsse genutzt werden.

Herr Kreistagsabgeordneter Kaltwasser bat um eine Prognose für die im ablaufenden Jahr anfallenden Zinsaufwendungen (siehe Anlage 2 der Niederschrift).

Eingehend diskutiert wurde der Ansatz für Zinsaufwendungen im Haushaltsplan 2016.

Die Kreistagsabgeordneten Fiedler und Schmitt hielten den Ansatz für nicht realistisch und eine erhebliche Kürzung für möglich.

Herr Medert verwies auf die inzwischen erfolgte Kürzung des Ansatzes um 500.000 € in der aktuellen Änderungsliste zum Haushaltsplan 2016.

Herr Landrat Engelhardt sah Zinsrisiken insbesondere im Kassenkreditbereich gegeben, so dass die bisherige konservative und vorsichtige Veranschlagung der Zinsaufwendungen beibehalten werden solle.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss verständigte sich darauf, weder in der heutigen noch in einer weiteren Sitzung des Ausschusses über die Änderungsanträge der SPD-Fraktion noch einmal zu beraten und darüber abzustimmen. Die abschließende Beratung solle im Kreistag erfolgen, um den Fraktionen bis dahin Zeit zur fraktionsinternen und -übergreifenden Abstimmung über die Änderungsanträge zu geben.

Zum Investitionsprogramm (Entwurf Stand 23.11.2015) und zum 1. Entwurf des Haushaltskonsolidierungskonzeptes (Stand 07.09.2015) gab es keine Fragen und Änderungsanträge oder -wünsche.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste folgenden

## **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgende Beschlüsse zu fassen:

- "1. Der Kreistag stimmt dem vom Kreisausschuss am 05.10.2015 festgestellten Entwürfen der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan einschließlich des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2016 unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich eingetretenen Änderungen (Stand 23.11.2015) zu und erlässt gemäß § 30 Ziffer 6 HKO in Verbindung mit § 52 HKO sowie den §§ 92, 94, 97 und 101 HGO die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016.
2. Der Kreistag beschließt das vom Kreisausschuss aufgestellte Investitionsprogramm für die Jahre 2016 bis 2019 unter Berücksichtigung der seit dem 05.10.2015 eingetretenen Veränderungen (Stand 23.11.2015).
3. Der Kreistag beschließt das vom Kreisausschuss bis 2019 fortgeschriebene Haushaltskonsolidierungskonzept unter Berücksichtigung der seit dem 05.10.2015 eingetretenen Veränderungen (Stand 23.11.2015)."

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen.

### **Punkt 6.2:**

**Änderungsvorschläge zum Entwurf des Stellenplanes sowie zu den Stellenübersichten der Eigenbetriebe Schule und Gebäudewirtschaft, Neue Wege und Rettungsdienst für das Haushalts- (Wirtschafts-) Jahr 2016  
Vorlage: 17-1886**

Herr Kreistagsabgeordneter Schmitt regte an, zukünftig im Vorbericht auch auf den Stellenplan einzugehen. Weiter fragte er nach der Neuschaffung von 1,5 Stellen im Bereich Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz.

Frau Stolz erläuterte, aufgrund von Mängeln bei der technischen Sachbearbeitung im Fachbereich Dorf- und Regionalentwicklung habe die Fachaufsicht eine bessere Personalausstattung gefordert. Zunächst seien befristet Sachbearbeiterinnen eingestellt worden. Da die Arbeitsverträge nun entfristet werden sollen, seien 1,5 Stellen neu zu schaffen.

Auf Frage, warum sich der zunehmende Personalbedarf im Bereich "Flüchtlinge" nicht im Stellenplan widerspiegele, erklärte Herr Landrat Engelhardt, befristete Arbeitsverhältnisse seien nicht im Stellenplan enthalten, jedoch bei den Personalaufwendungen berücksichtigt. Die Kreisverwaltung brauche die Möglichkeit befristeter Arbeitsverträge, um flexibel auf kurzfristige Personalbedarfe reagieren zu können, und gehe verantwortungsvoll und zurückhaltend mit diesem Instrument um.

Im Ausschuss wurde um eine Zusammenstellung der befristeten Arbeitsverhältnisse im Bereich "Flüchtlinge" mit den davon tangierten Abteilungen gebeten (siehe Anlage 3 der Niederschrift).

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste folgenden

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag die Annahme der Entwürfe des Stellenplanes sowie der Stellenübersichten der Eigenbetriebe Schule und Gebäudewirtschaft, Neue Wege und Rettungsdienst für das Haushalts- (Wirtschafts-) jahr 2016, wie sie sich aus Spalte 6 (in den Eigenbetrieben aus Spalte 5) der Anlage 1 zur Vorlage 17-1886 ergeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen.

**Punkt 7: Sachstandsbericht betreffend Sonderprüfung Schul-  
abteilung**

Der Ausschussvorsitzende teilte mit, die Behandlung des Punktes solle zurückgestellt werden, da Herr Kreisbeigeordneter Schimpf die Sitzung wegen eines unvorhergesehenen Termins vorzeitig habe verlassen müssen.

In Abstimmung mit ihm schlage er vor, dass sich der Unterausschuss des Haupt-, Finanz- und Personalausschuss in einer nichtöffentlichen Sitzung im Januar 2016 mit der inzwischen abgeschlossenen Angelegenheit befasse.

Herr Kreistagsabgeordneter Kaltwasser äußerte sich kritisch über die nicht beabsichtigte öffentliche Beratung der Angelegenheit.

Der Ausschussvorsitzende erklärte, es bleibe dem Unterausschuss unbenommen, in der Sitzung eine spätere öffentliche Beratung der Angelegenheit anzuregen.

**Punkt 8: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen**

**Punkt 8.1: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;  
hier: Stellensituation Kreisverwaltung Bergstraße  
- Stand 30.09.2015  
Vorlage: 17-1906**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der in der Sitzung verteilten Vorlage 17-1906 Kenntnis genommen.

**Punkt 8.2:**

**Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;  
hier: Auftragsvergabe für das Projekt "Nationalsozialistische Vergangenheit von Kreistagsabgeordneten und Mitgliedern des Kreisausschusses ab 1945 - Rechtsextreme und rechtsradikale Tendenzen im Bergsträßer Kreistag von 1945 bis heute"**

Auf Frage von Herrn Kreistagsabgeordneten Hoch teilte Herr Landrat Engelhardt mit, für das Projekt "Nationalsozialistische Vergangenheit von Kreistagsabgeordneten und Mitgliedern des Kreisausschusses ab 1945 - Rechtsextreme und rechtsradikale Tendenzen im Bergsträßer Kreistag von 1945 bis heute" sei noch kein Auftrag erteilt worden.

Die Sitzung wurde um 10:05 Uhr durch den Ausschussvorsitzenden geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

gez. Fiedler

Ausschussvorsitzender

gez. Schüßler

Schriftführerin